

Zürn, Michael

Book Part — Digitized Version

Neorealistische und Realistische Schule

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Zürn, Michael (1994) : Neorealistische und Realistische Schule, In: Andreas Boeckh (Ed.): Lexikon der Politik. Band 6: Internationale Beziehungen, ISBN 3-406-36910-3, C.H. Beck, München, pp. 309-322

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112623>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Neorealistische und Realistische Schule

Versteht man unter wissenschaftlichen Denkschulen informelle Gruppen von Autorinnen und Autoren, die von gleichen oder ähnlichen Prämissen über ihren Untersuchungsgegenstand ausgehen und infolgedessen gemeinsame Fragestellungen und Antwortstrategien haben, so kann von einer Realistischen Schule in den Internationalen Beziehungen ab Mitte der 50er Jahre dieses Jahrhunderts gesprochen werden. Wesentliche Grundlagen der Schule wurden jedoch bereits vorher in den Werken von *J. H. Herz* (1959) und *E. H. Carr* (1946) entwickelt. Sie setzten den Politischen Realismus vom Politischen Idealismus ab, der aus Vernunftgründen die Orientierung politischen Handelns an Gemeinwohlsideen wie Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit postuliert und die Disziplin anfänglich dominierte. Angesichts der Erfahrungen in der Zwischenkriegsperiode und insbesondere mit dem Dritten Reich begann sich eine Interpretation internationaler Politik durchzusetzen, die in der Tradition des Politischen Realismus stand.

Seit sich *Thukydides* mit seiner Analyse des Peloponnesischen Krieges gegen den sophistischen Vernunftglauben wandte, so läßt sich vereinfachend sagen, wurde die Frage nach dem Verhältnis von Moral und Macht immer dann neu diskutiert, wenn große Kriege den Glauben an die Vernunft der Menschheit sinken ließen. Stets aufs Neue gewannen dabei diejenigen Sozialtheoretiker die Oberhand, welche an das Primat der Macht glaubten. Das zeigte sich auch nach 1945, als die Realistische Schule internationaler Politik mit entscheidender Hilfe weniger westeuropäischer Emigranten die Disziplin in den Vereinigten Staaten endgültig zu dominieren begann. Nachdem *H. J. Morgenthau* 1948 sein Buch *Politics among Nations* (1973) vorgelegt hatte, entwickelte sich ein geschlossenes Gedankengebäude, das als eine Übertragung des Politischen Realismus auf die Internationalen Beziehungen angesehen werden kann.

I. Die Realistische Schule Internationaler Politik

Ein weniger dogmatischer Gelehrter, der im Hinblick auf seinen erklärenden Anspruch und die Tragweite seiner normativen Aussagen etwas bescheidener als *Morgenthau* gewesen wäre, hätte nach Ansicht *S. Hoffmans* (1977: 45) nicht einen solchen Einfluß auf eine Disziplin ausüben können. Von Beginn an gab es nämlich eine Reihe konkurrierender Ausformulierungen dessen, was gemeinhin als Realistische Schule der internationalen Politik angesehen wird (vgl. *Goldmann* 1988). Es waren jedoch *Morgenthau's* «Grundsätze des politischen Realismus», welche die zentralen Prämissen der Realistischen Schule in den Internationalen Beziehungen bildeten:

1. Die Politik ist von objektiven Gesetzen (d. h. hier: wahrnehmungsunabhängigen Kausalitätsbeziehungen) beherrscht, die eine allgemeine Gültigkeit besitzen. Nur ein hinreichendes Verständnis dieser objektiven

Gesetze erlaubt es gemäß dieser Sichtweise, die Gesellschaft im allgemeinen und die internationale Politik im besonderen zu verbessern.

2. In der internationalen Politik spielen insbesondere die Staaten eine bedeutsame Rolle. Die Disziplin der Internationalen Beziehungen hat demnach v. a. zwischenstaatliches Handeln zum Gegenstand.

3. Das menschliche Interesse an Macht kennzeichnet die Sphäre des Politischen und bildet daher den Schlüsselbegriff der politischen Theorie — «Politik ist der Umgang mit Macht». Diese im Politischen Realismus weitverbreitete Grundthese läßt sich zwar ideengeschichtlich sehr weit, über *F. Nietzsche* und *N. Machiavelli* bis zu *T. Hobbes* zurückverfolgen, im konkreten Fall *Morgenthau* und im Hinblick auf die Analogieübertragung dieser *conditio humana* auf die Staatenwelt ist gleichwohl die Arbeit *R. Niebuhrs* (1953) von zentraler Bedeutung.

4. Allgemeine sittliche bzw. ethische Maximen des politischen Handelns können nicht ohne weiteres auf Staaten übertragen werden. Die wahre Moral staatlichen Handelns liegt demnach nicht in der Einhaltung abstrakt formulierter kategorischer Imperative, sondern vielmehr in der politischen Klugheit, die sich im sorgfältigen Abwägen der Folgen einer Handlung für die von ihr Betroffenen zeigt (konsequentialistische Ethik).

5. Konkreter Ausdruck der konsequentialistischen Ethik des frühen Realismus in den Internationalen Beziehungen ist der — durchaus präskriptiv zu verstehende — Lehrsatz, daß eine gute, am Nationalinteresse eines Staates orientierte Außenpolitik auf Machterweiterung oder zumindest Machterhaltung zu zielen hat. Eine solche Politik wird den Sachnotwendigkeiten einer anarchischen internationalen Umwelt gerecht. So wird die Eindämmung des Faschismus gerne als Beleg dafür angeführt, daß häufig nur eine konsequente Machtpolitik das Schlimmste verhindern kann.

Aus diesen Prämissen leiten sich eine Reihe von Aussagen über internationale Politik ab. Aufgrund der hermeneutisch-interpretativen Vorgehensweise der wichtigsten Arbeiten der frühen Realistischen Schule entstanden allerdings zunächst weniger empirisch gesättigte Hypothesen, sondern vielmehr allgemeine Leitsätze Realistischen Denkens, die zur Interpretation und praxeologischen Ratgebung bei der Analyse konkreter Fälle internationaler Politik nutzbar gemacht wurden. Zunächst gab es also weniger eine Realistische Theorie als vielmehr Realistisches Gedankengut (vgl. *Waltz* 1990). Dieser Sachverhalt erschwert es auch, einige allgemein anerkannte Grundgedanken der Realistischen Schule zu formulieren. Die folgenden Aussagen sollten daher als eine freie, schlaglichtartige Zusammenfassung verstanden werden, die sicherlich in dieser Weise den häufig sehr differenziert (und nicht immer widerspruchsfrei) argumentierenden einzelnen Vertreterinnen und Vertretern kaum gerecht werden kann.

(1) Da sich die internationale Politik aus Staaten konstituiert, die insbesondere nach Macht streben und dabei nicht durch eine höhere Instanz mit

einem Gewaltmonopol kontrolliert werden können, besteht das Wesen der internationalen Politik in einem anarchischen Wettbewerb.

(2) In einer solchen anarchischen Umwelt können sich universale sittliche Normen nicht durchsetzen. Die aktuell gültigen Normen sind daher als Funktion des Interesses der mächtigen Staaten zu deuten, als Epiphänomen von partikularen Interessen also, dem keine eigenständige Rolle in der internationalen Politik zukommt. Demzufolge sind die zu beobachtenden Formen der Zusammenarbeit in der internationalen Politik meist ein Instrument der Machterhaltung und können kaum als Ausdruck von sich eigenständig entwickelnden Normen im Rahmen einer Staatengemeinschaft interpretiert werden.

(3) In einer derart beschaffenen Umwelt muß das Nationalinteresse immer darin bestehen, die äußere Macht zu behaupten. Folglich sind innenpolitische Problemlösungen dem grundlegenden Interesse der außenpolitischen Sicherung der territorialen und politischen Integrität unterzuordnen. Es herrscht ein Primat der Außenpolitik.

(4) Da aufgrund der Abwesenheit eines Gewaltmonopols die Anwendung militärischer Gewalt die *ultima ratio* internationaler Politik darstellt, besteht das vorrangige Ziel einer Politik, die dem Machtinteresse dient, in der Sicherung der nationalen Souveränität. Insofern kommt der Sicherheitspolitik eines Staates in der Außenpolitik ein Primat zu, dem sich außenwirtschaftliche und ideologische Erwägungen im Zweifelsfall unterordnen müssen.

(5) Der geschichtliche Prozeß der Weltpolitik verläuft unvorhersagbar als eine Art Geratewohl-Prozeß; er hat keine evolutionäre Struktur und erst recht keinen Endpunkt, auf den er unaufhaltsam zusteuert.

II. Entwicklung und Varianten der Realistischen Schule

Die Grundzüge des Realismus wurden nicht immer so drastisch und streitbar formuliert wie von *Morgenthau*. Viele Arbeiten, die der Realistischen Schule der Internationalen Politik zugerechnet werden, waren in der Interpretation moderater und im Anspruch bescheidener. Die meisten Vertreter dieser Schule ließen auch bei der Trennung von analytisch-deskriptiven und normativ-präskriptiven Aussagen mehr Sorgfalt walten und unterlagen nicht der Tendenz *Morgenthaus*, aus der vermuteten Unabänderlichkeit von Ist-Zuständen vorschnell auf Soll-Zustände zu schließen. Der Eindruck einer großen Nähe zur althergebrachten Realpolitik, der bei der Lektüre von *Politics among Nations* hin und wieder entsteht, gilt nicht für die gesamte Realistische Schule. Gleichwohl gab es nicht wenige, die im Namen des *Morgenthauschen* Realismus Machtpolitik und Gewaltpolitik gleichsetzten, und mithin den USA eine Weltpolizistenrolle zuschreiben wollten. *Morgenthau* selbst war freilich einer der frühesten Kritiker des amerikanischen Engagements in Vietnam.

Neben der Realistischen Schule i. S. *Morgenthaus* gab es immer auch eine Variante, die Anleihen beim Politischen Idealismus machte. In diesen

Analysen wurde darauf verwiesen, daß trotz der dramatischen Eruptionen von Gewalt in der internationalen Politik deren normative Institutionen und Ordnungselemente nicht aus dem Auge verloren werden dürfen. Indem die Entwicklung solcher grundlegenden Normen internationaler Politik wie der des diplomatischen Regelapparates, der Nichtinterventions- und Souveränitätsnorm, des *pacta sunt servanda* und nicht zuletzt des Kriegsrechtes analysiert wurden, ist bereits früh die These von der uneingeschränkten *Hobbesschen* Anarchie in der internationalen Politik relativiert worden (vgl. insbesondere Aron 1986 und Bull 1977). Gleichzeitig haben diese Arbeiten auf die anthropologischen Prämissen vom Machtstreben verzichtet und die Interessen der Staaten auch als Ausdruck innenpolitischer Verhältnisse zu verstehen versucht, womit sie dem frühen Realismus des *Thukydides* sehr nahe kommen (Doyle 1990).

Seit Ende der 50er Jahre entwickelte sich auf den Grundlagen Realistischer Prämissen über internationale Politik zudem eine Variante, die sich methodisch an neueren Techniken der Sozialforschung orientierte und statt historischer Interpretationen der Weltpolitik Hypothesen über die Korrelation verschiedener Phänomene zu entwickeln und zu überprüfen suchte. Insbesondere die quantitative Kriegsursachenforschung erwies sich dabei als Schrittmacher. So können über 90 % der Hypothesen, die in quantitativen Untersuchungen über die internationale Politik getestet wurden, der Realistischen Schule zugerechnet werden (Vasquez 1983). Die wachsende Bedeutung quantitativer Methoden führte bald zu der zweiten großen Debatte in den Internationalen Beziehungen, die in dem sog. *Warbook* (Knorr/Rosenau 1969) dokumentiert ist. Die Rede von der zweiten großen Debatte ist allerdings irreführend. Während die erste große Debatte zwischen Idealisten und Realisten substantielle Fragen zum Gegenstand hatte, handelte die zweite Debatte zwischen den sog. Traditionalisten und den Szientisten über die Frage der angemessenen Methode in der wissenschaftlichen Erforschung der internationalen Beziehungen. Die zweite Debatte fand Mitte der 60er Jahre (fast) ausschließlich zwischen Autorinnen und Autoren statt, die auf der Grundlage Realistischer Prämissen über internationale Politik arbeiteten, und sie markierte mithin den Höhepunkt in der Rezeption der Realistischen Schule in den Internationalen Beziehungen, die ohne nennenswerte Alternative das Feld bestimmte.

In den Jahren danach gewannen alternative Denkschulen in der Disziplin zunehmend an Bedeutung. Die Integrationstheorien hoben die Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses hervor, der mittels des klassischen Realismus kaum verständlich gemacht werden kann. Die Dependenztheorien wiederum stellten die Entwicklungsproblematik der sog. Dritten Welt in den Mittelpunkt des Interesses der Internationalen Beziehungen (extern verursachte Unterentwicklung) und kritisierten den Realismus dafür, daß dieses Problem außerhalb seines Blickfeldes lag. Als sich

aber in der ersten Hälfte der 70er Jahre Veränderungen vollzogen, die als Ausdruck eines grundlegenden Wandels internationaler Politik der Nachkriegszeit, nämlich als Verfall der US-Vorherrschaft wahrgenommen wurden, erwiesen sich auch diese Denkrichtungen als nur bedingt tauglich. Das war gleichsam die Geburtsstunde des Neorealismus, die fraglos einen intellektuellen Höhepunkt in der Entwicklung der Realistischen Schule der Internationalen Beziehungen darstellt.

III. Der Neorealismus

Mit dem Begriff «Neorealismus» wurden schon eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Versuche, den Untersuchungsgegenstand internationale Politik theoretisch zu erfassen, gekennzeichnet. Teilweise wehren sich die Betroffenen jedoch gegen eine solche Zuordnung. Beispielsweise werden die Autoren in einem von R. Keohane (1986) herausgegebenen Band, die v. a. Kritiken an dem Neorealisten K. N. Waltz (1979) verfaßten, heute häufig allesamt als Neorealisten bezeichnet. Es besteht mithin kein Konsens über die Verwendung des Begriffs Neorealismus und die Grenzen der Neorealistischen Schule.

Klar ist, daß der Begriff Neorealismus ein theoretisches Gebäude von Prämissen und Aussagen bezeichnen sollte, das zum einen auf dem klassischen Realismus fußt und zum anderen merkliche Innovationen vorgenommen hat. Es bietet sich somit an, die verschiedenen Varianten dessen, was in der Literatur als Neorealismus bezeichnet wird, zu differenzieren und daraufhin zu befragen, ob und inwieweit sie sich vom politischen Realismus in den Internationalen Beziehungen i. S. Morgenthau's entfernt haben. Das Vorgehen mündet in einem Vorschlag für eine Grenzziehung bei der Verwendung des Begriffs.

1. Variante — *Anarchisches Selbsthilfesystem*: Die Varianten des Neorealismus lassen sich zunächst danach unterscheiden, ob ihnen eine system- oder eine handlungstheoretische Orientierung zugrunde liegt. Das bekannteste Beispiel einer systemtheoretisch fundierten Analyse bietet *Theory of International Politics* von K. N. Waltz (1979). Zunächst war es (nur) dieses Buch, dem der Titel «Neorealismus» zugeschrieben wurde. Ausgehend von der Überzeugung, daß die Verhaltensweise von Staaten über Raum und Zeit betrachtet mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufweisen, unternimmt es Waltz, diese Gemeinsamkeiten in einer den Akteuren externen Einheit, dem internationalen System, zu suchen. Somit wird die Art und Weise, in der die Teile zu einem Ganzen zusammengefügt sind, zum Ausgangspunkt der Erklärung. Folgende Elemente seiner Theorie nehmen dabei eine zentrale Position ein: (1) Das Organisationsprinzip des internationalen Systems ist das der Anarchie, verstanden als die Abwesenheit einer Zentralgewalt. (2) Das anarchische Organisationsprinzip erzeugt und begründet den unbedingten Verhaltensimperativ «Hilf Dir selbst». Die «Anarchie» sorgt dafür, daß alles Verhalten dem Prinzip der Selbsthilfe entspre-

chen muß, da Einheiten, die sich nicht systemkonform verhalten, vernichtet und somit ausgeschlossen werden. Dieser Mechanismus sorgt für eine Stabilität des Systems. (3) Im Gegensatz zu den meisten nationalen Gesellschaften gibt es im internationalen System keine funktionale Differenzierung zwischen den einzelnen Teilen. Somit gewinnt die Verteilung von Macht zwischen den Akteuren die größte Bedeutung für die Erklärung internationaler Politik.

Auf diesen Grundlagen entwickelt *Waltz* eine Reihe von Thesen über die internationale Politik. So sieht er beispielsweise das internationale System durch einen *Balance-of-Power*-Prozeß gekennzeichnet. Aufgrund des Selbsthilfepinzips handeln Staaten demnach so, daß ein permanenter Balancierungsprozeß stattfindet, der eine Machtzentralisierung verhindert. Staaten versuchen demzufolge nicht, ihre Macht zu maximieren, sondern ihre Position im System zu halten (vgl. auch *Grieco* 1990). Deshalb stärken Staaten die schwächere von zwei Allianzen und wenden sich von der überlegenen ab.

Zudem argumentiert *Waltz*, daß ein bipolares internationales System stabiler und weniger kriegsträchtig ist als ein multipolares. Den Hauptgrund hierfür sieht er in der höheren Berechenbarkeit der Bipolarität, da multipolare Systeme durch ein hohes Maß an Unsicherheit über die Treue der Allianzpartner und über die Folgen von Machtverschiebungen gekennzeichnet sind. Ferner hebt *Waltz* hervor, daß eine höhere Machtkonzentration im internationalen System eine geringere Interdependenz der Großmächte untereinander zur Folge hat. In Zusammenhang mit dieser Hypothese wird die Unterscheidung zwischen «Betroffenheits»- und «Verwundbarkeits»-Interdependenz eingeführt, wobei sich *Waltz* auf die zweite Dimension konzentriert. Tatsächlich war die Interdependenz zwischen den Großmächten nach 1945 (USA und UdSSR) viel geringer als beispielsweise die zwischen den acht Großmächten vor dem I. Weltkrieg. Auch aus diesem Sachverhalt ergibt sich für *Waltz*, daß bipolare Systeme weniger kriegsträchtig sind. Schließlich sieht er einen weiteren Vorteil der bipolaren Systeme darin, daß eine höhere Machtkonzentration im internationalen System die Wahrscheinlichkeit der Bereitstellung von kollektiven Gütern deutlich erhöht.

In der Tradition von *Waltz'* Studie *Theory of International Politics* steht *J. L. Gaddis'* (1986) einflußreiche Arbeit über den sog. «langen Frieden», in der er als wichtigsten Grund für die Stabilität des internationalen Systems seit 1945 dessen bipolare Machtverteilung ansieht, wiewohl er auch ergänzende Erklärungsfaktoren heranzieht. Eine Fortschreibung und Radikalisierung dieser Argumentation unternahm *J. J. Mearsheimer* (1990) in seiner Untersuchung der Konsequenzen, die sich für Europa aus dem Ende des Kalten Krieges ergeben. Den Blick, in der Tradition von *Waltz*, ganz auf die Bedeutung systemischer Einflußfaktoren gerichtet, argumentiert er, «that bipolarity, an equal military balance, and nuclear weapons have

fostered peace in Europe over the past 45 years» (Mearsheimer 1990: 51). Um auch unter den Vorzeichen der Multipolarität künftig in Frieden leben zu können, muß in Europa wenigstens die nukleare Abschreckung durch eine kontrollierte Weiterverbreitung von Atomwaffen erhalten werden (für eine kritische Diskussion vgl. Rittberger/Zürn 1991).

Ein Vergleich dieser Theorievariante mit den oben genannten Prämissen und Thesen der klassischen Form des Realismus in den Internationalen Beziehungen zeigt, daß sie sich v. a. an einem Punkt eindeutig absetzt. Das Machtstreben der Staaten wird nicht mehr anthropologisch zu begründen versucht. Vielmehr wird ein strukturalistisches Argument angeboten, demzufolge ein Staat, ganz gleich ob er Gutes oder Böses will, Macht besitzen muß, um sich in einer anarchischen Umwelt behaupten und durchsetzen zu können.

Genau dieser Punkt wird auch von der Münchener Schule des Neorealismus hervorgehoben. Macht wird nicht mehr vorrangig als triebhafter Zweck des politischen Handelns angesehen, sondern primär als vielgestaltiges Mittel der Selbstbehauptung (Kindermann 1986: 19). Mit dieser Relativierung gelingt es den Neorealisten deutlicher herauszuarbeiten, daß der moderne Realismus einen empirisch-analytischen und nicht einen normativ-präskriptiven Ansatz verfolgt.

Neben der genannten inhaltlichen Differenz zum klassischen Realismus zeichnet sich der *Waltz'sche* Theorieentwurf insbesondere durch seine weitgehende deduktive Argumentation aus, die sich von der hermeneutischen Argumentation der Traditionalisten durch eine wohlthuende Klarheit unterscheidet und letztlich auch zu erheblich präziseren Aussagen und Hypothesen über internationale Politik führt. Es ist wohl insbesondere dieser Aspekt von *Theory of International Politics*, der seine Bedeutung begründet und zur Bezeichnung «Neorealismus» führte. W. Links (1988) Analyse der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen kann als eine besonders gewinnbringende Anwendung dieses Ansatzes gelten.

2. *Variante — Hegemoniezyklen*: Eine zweite systemtheoretische Variante des Neorealismus stellen die sog. Zyklentheorien dar. Ausgehend von einem wahrgenommenen Verfall der amerikanischen Hegemonie während der 70er Jahre und der damit in Verbindung gebrachten gewachsenen Konflikthäufigkeit der internationalen Politik erlangten Arbeiten eine große Resonanz, welche die Möglichkeit eines immer wiederkehrenden Prozessmusters vom «Aufstieg und Fall der großen Mächte» in der Welt politik thematisierten (v. a. Gilpin 1981 und Kennedy 1989).

Gemäß einer Analyse (Modolski 1987) entstanden rd. alle 100 Jahre, beginnend mit den italienischen Kriegen gegen Ende des 15. Jh.s, sog. Weltkriege, die jeweils einen neuen Hegemon hervorbrachten, dessen Überlegenheit neben seiner militärischen Dominanz auch auf seiner hohen wirtschaftlichen Produktivität beruhte. Demzufolge erreichten nacheinander Portugal, die Niederlande, Großbritannien und die USA die Hegemo-

nialstellung. Der jeweilige Hegemonialstaat war dann in der Lage, eine Weltordnung zu schaffen, die weitgehend den eigenen Interessen entsprach. Im Laufe der Zeit verfiel jedoch die Macht aller Hegemonialstaaten mit dem Ergebnis, daß sich Konkurrenten etablierten, die eine Veränderung der Weltordnung anstrebten. Dies führte schließlich immer zu einem allgemeinen Krisenzustand des internationalen Systems, der die Gefahr eines hegemonialen Konkurrenzkampfes beinhaltet.

Erklärungen für den konstatierten zyklischen Verlauf gibt es nur in Ansätzen. Es wird davon ausgegangen, daß gesellschaftliche Verkrustungen und überzogene Konsumorientierungen innerhalb der Hegemonialstaaten sowie die wachsenden Kosten der Aufrechterhaltung der Weltordnung den relativen Machtrückgang verursachten. Darüber hinaus wurde versucht, die politischen Hegemonialzyklen mit den ökonomischen *Kondratieff*-Zyklen in Verbindung zu bringen (vgl. auch *Bornschier/Suter* 1990).

Die Prämissen dieser zyklentheoretischen Arbeiten sind fest im klassischen Realismus verankert, wobei auf die anthropologische Begründung des Machtstrebens verzichtet wird. Allerdings unterscheiden sich die Aussagen und Thesen über die internationale Politik, die von der zyklentheoretischen Variante getroffen werden, in drei wichtigen Punkten: Die Machtbehauptung und somit die Verfolgung des Nationalinteresses beschränkt sich nicht mehr nur auf das Militärische. Es wird deutlich sowohl auf die ökonomische als auch die kulturelle Grundlage der politischen Macht sowie auf die Interdependenz von Politik und Wirtschaft verwiesen und somit das Primat der Außen- und Sicherheitspolitik zurückgenommen. Auch innerhalb dieser Theorievariante wird normative Ordnung der internationalen Politik letztlich als eine Funktion der politischen Macht angesehen. Den normativen Ordnungselementen der Weltpolitik wird jedoch eine deutlich höhere Eigenständigkeit und Bedeutung zugeschrieben als im klassischen Realismus. Infolgedessen erreicht die Frage nach der Weltordnung und deren Wandel einen wichtigen Status in dieser Variante des Neorealismus. Ferner widersprechen diese Analysen der Vorstellung des klassischen Realismus von der Geschichte als einem Geratewohl-Prozeß. Es werden im Gegenteil wiederkehrende Muster der Entwicklung der Weltgeschichte ausgemacht und ihnen eine zentrale Stellung im Theoriegebäude zugewiesen. Allerdings besteht keine Einigkeit über das genaue Aussehen des Musters.

3. *Variante – Kooperation in der Anarchie*: Eine handlungstheoretische Theorievariante, die des öfteren als neorealistisch bezeichnet wird, hat ebenfalls in der Beobachtung des Verfalls amerikanischer Vorherrschaft ihren Ausgangspunkt. Wenn Normen und Kooperation in der internationalen Politik tatsächlich nur Ausdruck bestehender Machtverhältnisse sind, so stand der Zerfall der internationalen Regime, welche die weltwirtschaftliche Blüteperiode der Nachkriegszeit mitermöglicht haben, zu befürchten.

Dementsprechend errang die Theorie der hegemonialen Stabilität vorübergehend eine zentrale Bedeutung für die Erklärung von internationaler Kooperation im allgemeinen und von internationalen Regimen im besonderen. Sie besagt, daß die Entstehung von internationalen Regimen eine hegemoniale Machtverteilung zur Voraussetzung hat. Demnach kann es sich nur eine deutlich überlegene Macht leisten, die Kosten für die Bereitstellung von kollektiven Gütern durch internationale Regime aufzubringen. In dem Maße aber, wie die relative Machtüberlegenheit des Hegemons schwindet, verliert er auch das Interesse und die Fähigkeit, internationale Regime aufrechtzuerhalten. Die Theorie der hegemonialen Stabilität ist zunächst mit einigem Erfolg zur Erklärung der Entstehung und des Wandels (Schwächung) verschiedener Regime in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen angewandt worden (z. B. *Gilpin* 1987).

Weitere empirische Untersuchungen zeigten freilich, daß einmal errichtete Regime eine größere Dauerhaftigkeit und Robustheit besitzen, als es die Realistischen Überzeugungen und mithin die Theorie der hegemonialen Stabilität erwarten lassen. *Keohane* (1984) zeigte daraufhin, daß internationale Regime, wenn sie einmal entstanden sind, eine Reihe von Leistungen erbringen, die rationale Akteure dazu veranlassen, ein einmal entstandenes Regime aufrechtzuerhalten. Aus dieser rationalistischen Perspektive kann es nicht überraschen, daß Regime auch *After Hegemony* weiterbestehen. Des weiteren konnte gezeigt werden, daß es nicht wenige Regime in der internationalen Politik gibt, die einen nicht-hegemonialen Charakter haben, und daß gleichzeitig die hegemonialen Regime auch aus der rationalistischen Perspektive heraus erklärt werden können (*Zürn* 1987; *Wolf* 1991).

Die Befunde weisen in ihrer Summe darauf hin, daß die gewissen Erklärungserfolge der Theorie der hegemonialen Stabilität nicht als spezifische Errungenschaft machtsstruktureller Erklärungen gelten können, sondern vielmehr einen speziellen Fall der rationalistischen Erklärung von Kooperation darstellen, nämlich daß die Bereitstellung von kollektiven Gütern leichter wird, wenn es Akteure gibt, die ein weit überdurchschnittliches Interesse an dem kollektiven Gut haben.

Die rationalistische Erklärung von Kooperation in der internationalen Politik besitzt zweifellos eine gewisse Verwandtschaft zur Realistischen Schule. Die zentrale Gemeinsamkeit besteht darin, daß beide von eigeninteressierten und rationalen Akteuren in der internationalen Politik ausgehen. Der Realismus i. S. *Morgenthau*s und auch in der modifizierten Version von *Waltz* oder *Kennedy* beinhaltet jedoch noch eine Reihe zusätzlicher Prämissen, die von rationalistischen Ansätzen so nicht geteilt werden müssen: Die rationalistische Theorie braucht die Akteursfrage nicht vorzuentcheiden und sich somit nicht auf die Staaten als die wichtigsten Akteure internationaler Politik festzulegen. Es ist einzig und allein entscheidend, anhand welcher korporativen Akteure Individuen und Interes-

sengruppen ihre Interessen in der internationalen Politik durchzusetzen trachten, wie sie sich also zugunsten ihrer Interessenartikulation in der internationalen Politik organisieren. Die Akteure der rationalistischen Variante können sehr verschiedene Ziele verfolgen. Es braucht ihnen somit im Gegensatz zum Realismus nicht *ex ante* zugeschrieben zu werden, daß sie die Bewahrung und Anhäufung von Macht anstreben. Ein weiterer zentraler Unterschied besteht darin, daß im Realismus die Durchsetzung von Normen und Regeln ohne Zwang und Macht kaum vorstellbar ist. Demgegenüber betont die rationalistische Variante die Möglichkeit freiwilliger *Vereinbarungen in Abwesenheit einer Zentralgewalt* aufgrund des Eigeninteresses der Akteure. Sie erachtet die *Cooperation under Anarchy* (Oye 1986) als möglich und versucht insbesondere institutionalisierte Formen der Kooperation zu erklären (Zürn 1992).

Die rationalistische Erklärung von Kooperation verzichtet somit auf die problematischsten Prämissen der Realistischen Schule (Staat als einziger Akteur, Macht als Motiv, internationale Politik als moralfreie Sphäre), ohne dabei so zentrale Kategorien wie Interesse und Durchsetzungsfähigkeit zu negieren. Angesichts dieser doch weitreichenden Unterschiede erscheint es nicht sinnvoll, solche Analysen noch als neorealistisch zu bezeichnen, zumal sie von Neorealisten, die in der Tradition von Waltz stehen, vehement kritisiert werden. Insbesondere J. Grieco (1990) hat betont, daß Staaten im Zustand der Anarchie nicht nach absoluten Gewinnen streben, wie das von der rationalistischen Erklärung der Kooperation angenommen werden würde, sondern primär darauf achten, nicht weniger zu gewinnen als die Kontrahenten. Demzufolge streben Staaten, die als *defensive positionalists* bezeichnet werden, in der Anarchie nach relativen statt nach absoluten Gewinnen, was die Kooperation erschweren kann.

4. *Variante — Starke und schwache Staaten*: Ein zweiter handlungstheoretischer Theoriestrang, der verschiedentlich dem Neorealismus zugeordnet wird, handelt von dem doppelten Anpassungszwang, dem staatliche Außenpolitik ausgesetzt ist. Die zentralen Merkmale sind, daß zum einen der Staat als eine relativ autonome Einheit konzeptualisiert wird, die eigene Interessen vor dem Hintergrund äußerer Zwänge und innerer Forderungen durchzusetzen trachtet. Zum anderen wird die alte — allzu häufig normativ gemeinte — Idee des Primats der Außenpolitik in einer fruchtbaren Weise wieder aufgegriffen, um den Einfluß zu untersuchen, den die Position, die ein Staat in der internationalen Hierarchie einnimmt, auf die innergesellschaftlichen und innenpolitischen Verhältnisse ausübt.

Ausgangspunkt der Analyse von S. D. Krasner (1978) ist die Annahme, daß die Entscheidungsträger, die einigermaßen isoliert von gesellschaftlichem Druck sind, nämlich beispielsweise im Falle der USA der Präsident, das Weiße Haus, das Außenministerium und der Außenminister, den Staat repräsentieren. Dieser so verstandene Staat hat eigenständige Ziele, die sich von denen anderer Staaten unterscheiden können und die gegenüber den

gesellschaftlichen Anforderungen relativ autonom sind. Die Ziele eines Staates, welche über einen langen Zeitraum in einer stabilen Präferenzordnung geordnet sind, repräsentieren in dieser Sicht das Nationalinteresse.

Durch welche Faktoren lassen sich nun die nationalen Interessen bestimmen? Für *Krasner* spielt dabei die Position, die ein Land in der internationalen Machthierarchie einnimmt, eine zentrale Rolle. Es sind v. a. Staaten mit einer führenden Arbeitsproduktivität und einem überlegenen Militärpotential, die sowohl das Interesse als auch die Möglichkeit haben, eine Außenpolitik zu betreiben, die auf die Errichtung einer meist auch ideologisch eingefärbten Weltordnung zielt. Umgekehrt kann überzeugend gezeigt werden, weshalb gerade die Regierungen von ökonomisch rückständigen Ländern v. a. während der 70er Jahre ein so starkes Interesse an einer stärkeren Regulierung des Weltmarktes hatten. Es sind solche Länder, die am meisten Schwierigkeiten haben, die vom Weltmarkt geforderten Anpassungsleistungen zu erbringen und daher am meisten vom raschen Wandel negativ betroffen sind (*Krasner* 1985).

Die Protagonisten (vgl. auch *Ikenberry/Lake/Mastundano* 1988) dieses Theoriestrangs vereinseitigen den äußeren Einfluß auf die Außen(wirtschafts)politik eines Staates jedoch nicht. Es wird gleichzeitig gefragt, ob und inwieweit der Staat die Möglichkeiten hat, sich intern gegen partikuläre Interessenanforderungen aus der Gesellschaft durchzusetzen. Es wird mithin nach der Stärke des Staates gegenüber der eigenen Gesellschaft gefragt. Während die USA in dieser Hinsicht einen relativ schwachen Staat darstellen, gelten Frankreich und Japan als Beispiele für starke Staaten (*Katzenstein* 1978).

In seinen neueren Arbeiten geht *P. Katzenstein* (1985) noch einen Schritt weiter, wenn er zeigt, wie sich während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts innergesellschaftliche Interessenkoalitionen verändert und mithin die Grundlage für die korporatistischen Entscheidungsstrukturen in den kleinen europäischen Staaten entwickelt haben. Der Staat wird nunmehr nicht mehr als ein autonomer Akteur verstanden, sondern als ein institutionelles Arrangement, das sich vor dem Hintergrund äußerer Anforderungen herausgebildet hat. Auf der Grundlage der Position, die ein Land im internationalen Wirtschaftssystem einnimmt, wird also auf die inneren Strukturen des politischen Systems geschlossen.

Insbesondere die Betonung der Position eines Landes in der internationalen Hierarchie als ein wichtiger Erklärungsfaktor für die inneren Strukturen einer Gesellschaft weist auf eine gewisse Verwandtschaft solcher Analysen zur Realistischen Schule der Internationalen Beziehungen hin und macht auch die vereinzelt vorgenommene Zuordnung zum Neorealismus teilweise verständlich. Das sollte aber nicht dazu führen, die wichtigen Unterschiede zum politischen Realismus zu verwischen. So negieren die genannten Studien die Vorstellung von einem Primat der Sicherheitspolitik und machen deutlich, daß die außenpolitischen Strategien von Staaten vor

dem Hintergrund von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Erwägungen zustande kommen. Es ist kein Zufall, daß Studien, die dieser Variante zuzurechnen sind, v. a. die Außenwirtschaftspolitik zum Gegenstand haben. Darüber hinaus wird der Nationalstaat nicht mehr als eine das Nationalinteresse exekutierende *black box* angesehen, sondern es werden die inneren und äußeren Restriktionen der Außenpolitik gleichermaßen berücksichtigt. Es ist also nicht von einem absoluten Primat der Außenpolitik die Rede, sondern vielmehr von einem autonomen Akteur bzw. einem institutionellen Arrangement «Staat», der/das in ein Zwei-Ebenen-Spiel verwickelt ist. Somit ist es auch in diesem Fall verfehlt, den Begriff «Neorealismus» zu verwenden.

IV. Kritik der Realistischen und Neorealistischen Schule

Die Kritik der vorgestellten neueren Theorievarianten am klassischen Realismus ist implizit bereits in deren Darstellungen enthalten. Sie versuchen insbesondere fünf Schwachpunkte auszuräumen. Sie zielen (1) auf ein klareres Hypothesengebäude als es der häufig nur schwer konkretisierbare klassische Realismus hervorbrachte; (2) auf die Beseitigung der anthropologischen Festlegungen samt ihrer fragwürdigen Analogien auf die Staatenwelt; (3) auf eine stärkere Einbindung des Realismus in die allgemeine sozialwissenschaftliche Diskussion und eine verstärkte Berücksichtigung ihrer Ergebnisse; (4) auf die Überwindung der Blindheit des traditionellen Realismus hinsichtlich der Bedeutung ökonomischer Faktoren und Interessen; (5) schließlich auf die Überwindung der Blindheit des klassischen Realismus hinsichtlich der Bedeutung normativer Institutionen der internationalen Politik.

Die beiden zuletzt vorgestellten Theorievarianten haben sich dabei so weit vom klassischen Realismus entfernt, daß sie nur noch wenig mit ihm gemein haben. Die Gemeinsamkeiten beschränken sich auf sehr weitverbreitete Prämissen. So nehmen alle diskutierten Varianten an, daß es eine Realität unabhängig von der Wahrnehmung der Akteure gibt und die Akteure der internationalen Politik auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Überlegungen ihr Eigeninteresse angesichts von gegebenen sozialen Widerständen und Institutionen durchzusetzen trachten. Hinzu kommt, daß den meisten der vorgestellten Analysen genauso wie dem Realismus wohl eher eine konsequentialistische Ethik zugrunde liegt, die in Zweifelsfällen die politische Klugheit über einen kategorischen Imperativ stellt. Die anderen Prämissen des klassischen Realismus i. S. *Morgenthau*s werden hingegen zurückgewiesen. Auch auf der Ebene der wichtigsten Aussagen und Thesen zur internationalen Politik gibt es kaum noch Übereinstimmungen zwischen einem Realismus *Morgenthau*scher Ausprägung und etwa der rationalistischen Erklärung von Kooperation.

Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, wenn etwa *Keohane* (1989) vorschlägt, die rationalistische Erklärung von Kooperation (und

man möchte hinzufügen: auch die vorgestellten Analysen über den Einfluß der Außenbeziehungen auf die Außenpolitik und die innergesellschaftliche Struktur) als Bestandteil eines neoliberalen Institutionalismus anzusehen, der als wichtigster Gegenentwurf zur neorealistischen Theorie der internationalen Politik zu gelten hat. Der Terminus «Neorealismus» bliebe dann für die Arbeiten von *Waltz* (1979) und *Gilpin* (1981, 1987), *Grieco* (1990) u. a. reserviert.

Die Kritik eines so verstandenen neoliberalen Institutionalismus an der Realistischen Schule ist allerdings noch um eine radikale Kritik zu ergänzen, die neorealistische und neoinstitutionalistische Analysen fast gleichermaßen trifft. Sie kann wie folgt zusammengefaßt werden (vgl. etwa *Ashley* 1984; *Jervis* 1988 und *Krippendorff* 1989): Die Prämisse, daß in der internationalen Politik relativ autonome Akteure eigeninteressiert handeln, läßt den Kontext, in dem gehandelt wird, außer acht und ist zudem ahistorisch. Es wird nicht gefragt, unter welchen Bedingungen die kollektiven Akteure internationaler Politik zusammenwuchsen. So erscheinen beispielsweise Staaten ungerechtfertigterweise als *a priori* gegebene Entitäten internationaler Politik. Die Prämisse, daß Staaten aufgrund gegebener Ziele zweckrational handeln, impliziert zum einen ein beschränktes Rationalitätskonzept und blendet zum anderen den Prozeß der Interessenausbildung aus. Somit wird der Zugang zu der sozialwissenschaftlich so wichtigen Frage verstellt, wie und weshalb soziale Akteure bestimmte Interessen entwickeln. Kritisiert wird schließlich auch die Übernahme von wissenschaftstheoretischen Prämissen des kritischen Rationalismus und die damit verbundene Vorstellung von einer objektiven Realität und der Möglichkeit, Ist- und Soll-Aussagen zu unterscheiden. Gemäß dieser Kritik wird die praxeologische Dimension der Wissensproduktion aus den Augen verloren.

Die radikale Kritik macht deutlich, daß die vorgestellten Analysen viele wichtige Fragen, die an eine Theorie internationaler Politik zu richten sind, unbeantwortet lassen. Freilich kann die radikale Kritik ihrerseits kaum auf ein eigenständiges Forschungsprogramm verweisen, sondern vielmehr nur die Notwendigkeit alternativer und ergänzender Arbeiten begründen.

↗ Außenpolitik; Historische Schule; Idealistische Schule; Integrationstheorien; Internationale Beziehungen; Internationale Beziehungen als akademische Disziplin; Kriegsursachenforschung; Polit-ökonomische Schule; Regimeanalyse; Souveränität; Spieltheorien; Völkerrecht.

Literatur: *Aron, R.* ²1986: *Frieden und Krieg*, Frankfurt/M. (frz. Orig. 1962). *Ashley, R. K.* 1984: *The Poverty of Neorealism*, in: *IO* 38 (2), 225–286. *Bornschier, V./Suter, C.* 1990: *Lange Wellen im Weltsystem*, in: *Rittberger, V.* (Hrsg.): 177–199. *Bull, H.* 1977: *The Anarchical Society*, London. *Carr, E. H.* ²1946: *The Twenty Years' Crisis 1919–1939*, New York (Orig. 1939). *Doyle, M.* 1990: *Thucydidean Realism*, in: *Review of International Studies* 16 (3), 223–237. *Gaddis, J. L.* 1986: *The Long Peace. Elements of Stability in the Postwar International System*, in: *International Security* 10 (4), 99–142. *Gilpin, R.* 1981: *War and Change in World Politics*, Cambridge, Mass. *Gilpin,*

R. 1987: *The Political Economy of International Relations*, Princeton, N. J. Goldmann, K. 1988: *The Concept of 'Realism' as a Source of Confusion*, in: *Cooperation and Conflict* 23 (1), 1–14. Grieco, J. M. 1990: *Cooperation among Nations: Europe, America and Non-Tariff Barriers to Trade*, Ithaca/London. Herz, J. H. ²1959: *Politischer Realismus und Politischer Idealismus*, Meisenheim (engl. Orig. 1951). Hoffmann, S. 1977: *An American Social Science: International Relations*, in: *Daedalus* 106 (3), 41–60. Ikenberry, G. J./Lake, D. A./Mastundano, M. 1988: *Approaches to Explaining American Foreign Economic Policy*, in: *IO* 42 (1), 1–15. Jervis, R. 1988: *Realism, Game Theory, and Cooperation*, in: *WP* 40 (3), 317–349. Katzenstein, P. 1985: *Small States in World Markets*, Ithaca, N. Y. Katzenstein, P. 1978 (Hrsg.): *Between Power and Plenty*, Madison, Wisc. Kennedy, P. 1989: *Aufstieg und Fall der großen Mächte*, Frankfurt/M. (engl. Orig. 1987). Keohane, R. O. 1989: *International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory*, Boulder, Col. Keohane, R. O. (Hrsg.) 1986: *Neorealism and its Critics*, New York. Keohane, R. O. 1984: *After Hegemony*, Princeton, N. J. Kindermann, G. K. ³1986: *Grundelemente der Weltpolitik*, München (Orig. 1977). Knorr, K./Rosenau, J. N. (Hrsg.) 1969: *Contending Approaches to International Politics*, Princeton, N. J. Krasner, S. D. 1985: *Structural Conflict*, Berkeley, Cal. Krasner, S. D. 1978: *Defending the National Interest*, Princeton, N. J. Krippendorff, E. 1989: *The Dominance of American Approaches in International Relations*, in: *Dyer, H. C./Mangasarin, L.* (Hrsg.): *The Study of International Relations*, London, 28–39. Link, W. ²1988: *Der Ost-West-Konflikt*, Stuttgart (Orig. 1980). Mearsheimer, J. J. 1990: *Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War*, in: *International Security* 15 (1), 5–56. Modelski, G. 1987: *Long Cycles in World Politics*, Basingstoke/London. Morgenthau, H. J. ³1973: *Politics among Nations*, New York. Niebuhr, R. 1953: *Christian Realism and Political Problems*, New York. Oye, K. (Hrsg.) 1986: *Cooperation under Anarchy*, Princeton, N. J. Rittberger, V. (Hrsg.) 1990: *Theorien der Internationalen Beziehungen* (PVS-Sonderheft 21), Opladen. Rittberger, V./Zürn, M. 1991: *Transformation der Konflikte in den Ost-West-Beziehungen. Versuch einer institutionalistischen Bestandsaufnahme*, in: *PVS* 32 (3), 399–424. Vasquez, J. A. 1983: *The Power of Power Politics*, New Brunswick, N. J. Waltz, K. N. 1979: *Theory of International Politics*, Reading, Mass. Waltz, K. N. 1990: *Realist Thought and Neorealist Theory*, in: *Journal of International Affairs* 44 (1), 21–36. Wolf, K. D. 1991: *Internationale Regime zur Verteilung globaler Ressourcen*, Baden-Baden. Zürn, M. 1987: *Gerechte internationale Regime*, Frankfurt/M. Zürn, M. 1992: *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik*, Opladen.

Michael Zürn